



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament



Europäisches Parlament

**An die Österreichische
Bundesregierung**
Ballhausplatz 2
1010 Wien

Brüssel / Wien, 07.11.2018

**Offener Brief an die österreichische Bundesregierung, insbesondere BMⁱⁿ
Elisabeth Köstinger, BM Norbert Hofer und BK Sebastian Kurz**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Frau Ministerin Köstinger, sehr geehrter Herr Minister Hofer,

bei der 24. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (COP24) im Dezember 2018 in Kattowitz (Polen) wird Österreich als Verhandlungsführer der Europäischen Union die klimapolitischen Interessen Europas vertreten.

Die österreichische Ratspräsidentschaft versprach in ihrem Programm zum Ratsvorsitz, sich intensiv mit der Energie- und Klimapolitik zu beschäftigen und ambitionierte Ziele zu setzen. So steht in Ihrem Programm geschrieben, dass „[a]ktiver Klimaschutz [...] ein Schwerpunkt der Umweltpolitik während des österreichischen Ratsvorsitzes [ist]. Deshalb ist Österreich die Förderung gesunder Mobilitäts- und Transportsysteme mit geringen CO₂-Emissionen ein Anliegen.“

Bislang vermissen wir, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des Österreichischen Nationalrats und des Österreichischen Bundesrates, diesen versprochenen „aktiven Klimaschutz“. Wir ziehen in diesem Brief eine Zwischenbilanz der bisherigen Energie- und Klimapolitik. Vielen Dossiers, die Österreich federführend verhandelt und der Öffentlichkeit und den Bürgerinnen und Bürgern als Erfolg verkauft hat, fehlt jegliche Konsistenz. Die bisherigen Aktivitäten der Ratspräsidentschaft bringen uns im Kampf gegen den Klimawandel nicht weiter und führen zu einer Stagnation auf dem Status Quo oder verschlimmern die Situation sogar.

Auf europäischer Ebene sehen wir in dieser Hinsicht besorgniserregende Entwicklungen. Wir beobachten beispielsweise Investitionen in Risikoprojekte wie Northstream 2, fehlende Ambitionen bei der gerade verhandelten CO₂-Abgasverordnung, den Unwillen, den Trilog zur Wegkostenrichtlinie zu beginnen oder im Bereich Marktdesign positiv voranzuschreiten und fossile Energien endgültig auslaufen zu lassen.



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament



Europäisches Parlament

Auch auf nationaler Ebene fällt die Bundesregierung mit Kurzsichtigkeit auf. Wir möchten hier auf das problematische Standortentwicklungsgesetz, auf neue Regelungen zu Beteiligungsrechten im UVP-Gesetz und auf die Zurückhaltung in der Erarbeitung einer Ökosteuerreform hinweisen. Dies sind alles Entwicklungen, die Österreich unter die Klimaschutz-Bremser einreihen und die Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens unterminieren, wenn nicht gar verunmöglichen.

Mit diesem Brief fordern wir Sie, Herrn Bundeskanzler Kurz, Frau Ministerin Köstinger und Herrn Minister Hofer, auf, zu handeln. Anstatt vermeintliche Erfolge zu verkaufen, fordern wir echte Lösungen. Während der COP24 geht es um die Klima- und Energieziele Europas bis 2030 und die Erfüllung der Pariser Klimaziele. Als Ratsvorsitzland muss Österreich spätestens bei der Vorbereitung der COP24 zeigen, dass der „aktive Klimaschutz“ höchste Priorität hat. Wir können nicht so weiter tun wie bisher, wir tragen gemeinsam Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen. Wir müssen mit Sorgfalt mit dem Planeten Erde umgehen, es gibt nur diesen einen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Waitz (MEP, Die Grünen)

Monika Vana (MEP, Die Grünen)

Michel Reimon (MEP, Die Grünen)

Angelika Mlinar (MEP, NEOS)

Martha Bißmann (Abg.z.NR.)

Michael Bernhard (Abg.z.NR., NEOS)

Stefan Schennach (MdBR, SPÖ)

Ewa Dziejic (MdBR, Die Grünen)

David Stögmüller (MdBR, Die Grünen)